

**Antrag
des Freistaates Bayern**

**Entschließung des Bundesrates gegen die Verwertung von Genomanalysen in der
Privatversicherung**

Punkt 21 der 756. Sitzung des Bundesrates am 10. November 2000

Der Bundesrat möge beschließen, die Entschließung mit folgender Maßgabe zu fassen:

1. Im dritten Absatz werden die Worte „einen Gesetzentwurf mit spezifischen Regelungen vorzulegen“ ersetzt durch die Worte „sich auf europäischer Ebene für harmonisierte Regelungen einzusetzen“.
2. Der letzte Absatz wird gestrichen.

Begründung (nur für das Plenum):

Das Anliegen, die Versicherungsnehmer gegen Bestrebungen zur Ausforschung ihrer individuellen Erbinformation zu schtzen, ist zu begrüßen. Angesichts des weitgehend verwirklichten europäischen Versicherungsbinnenmarkts sollte jedoch vorrangig eine harmonisierte Regelung der Problematik auf europäischer Ebene angestrebt werden. Eine Regelung auf europäischer Ebene wäre effektiver als eine lediglich für den deutschen Versicherungsmarkt geltende Beschränkung. Außerdem hätte eine rein nationale Regelung deutliche Wettbewerbsnachteile deutscher Versicherungsunternehmen gegenüber ausländischen Konkurrenten zur Folge. Während beispielsweise britische Unternehmen zukünftig „schlechte Risiken“ durch Gentests ihrer (Lebens-)Versicherungsnehmer möglicherweise vermehrt ausschließen oder entsprechend teurer versichern können, wäre dies den überwiegend in Deutschland tätigen deutschen (Lebens-)Versicherungsunternehmen weitgehend nicht möglich. Dies führt zu tendenziell höheren Versicherungsbeiträgen der deutschen Versicherungsunternehmen und damit zu entsprechenden Wettbewerbsnachteilen. Die Bundesregierung sollte daher vorrangig aufgefordert werden, sich auf europäischer Ebene für eine harmonisierte Regelung der Problematik einzusetzen.

Ausgeliefert am 09. NOV. 2000